

Braunauer Zeitgeschichte-Tage 2023

Peter HUEMER

Mein Thema lautet: Wie man eine Demokratie zerstören kann – gestern und heute.

Ich beginne mit einem konkreten Beispiel: Eine Regierung beschließt, das Oberste Gericht zu entmachten, sich rechtsstaatlicher Fesseln zu entledigen, um radikale - international abgelehnte – Pläne in die Tat umzusetzen, was auf rechtsstaatlichem Wege nicht möglich wäre. Ob das Vorhaben der Regierung gelingt, ist fraglich, weil Zehntausende, oft auch Hunderttausend, auf der Straße sind, um die Demokratie zu retten.

Sie wissen, dass ich von Israel rede und von einem einmaligen Lehrstück: Wenn die Demokratie in Gefahr gerät, dann braucht sie viele – weil das nun einmal das Wesen von Demokratie ist -, sogar sehr viele, die sie verteidigen. Und die brauchen einen langen Atem: durch Monate immer wieder auf die Straße zu gehen, das ist schon eine besondere Herausforderung.

Ich erwähne das staunenswerte Beispiel, weil wir uns fragen: Würden auch bei uns so viele auf die Straße gehen, wenn Demokratie und Rechtsstaat in Gefahr geraten? Ich gehöre zu jener Generation, die durch Jahrzehnte fest überzeugt gewesen ist, dass in dieser Hinsicht Österreich keine Gefahr droht. Aber ich gehöre auch zu jenen, die sich heute nicht mehr so sicher sind.

Ich will über diesbezügliche Aspekte der Ersten und Zweiten Republik reden. Die Frage, die das Beispiel Israel aufwirft, lautet: Gibt es heute bei uns genügend engagierte und streitbare Demokraten? In Österreichs Erster Republik gab es eindeutig zu wenig.

Die Erste Republik war zwar von der politischen Linken angestrebt worden, war jedoch letztlich Ergebnis der militärischen Niederlage und der Auflösung der Donaumonarchie – gegen den Willen vieler. Und sie begann großartig und schrecklich zugleich. Schrecklich war am Anfang das grauenhafte Elend, vor allem in den Städten, das mit Hunger und Frieren in den letzten Kriegsjahren begonnen hatte und sich nun fortsetzte. Dazu kam die Spanische Grippe, die 1918/19 Zehntausende Geschwächte dahinraffte.

Großartig jedoch, aber schon auch merkwürdig, war die Ausrufung der Republik am 12. November 1918. Artikel 1: „Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volk eingesetzt.“ Artikel 2: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.“ Das heißt: Im Artikel 1 wird dieser neue Staat geschaffen und im Artikel 2 schafft er sich selber gleich wieder ab. Konnte das gut gehen?

Am Anfang ja. An diesem 12. November wurde auch das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Frauen proklamiert und dem folgte 1919/20 eine Reihe von bemerkenswerten Sozialgesetzen: Achtstundentag, Arbeitslosengeld, Urlaubsanspruch, Betriebsrätegesetz und Gründung der Kammer für Arbeiter und Angestellte. Damit war die Republik sozialpolitisch in Europa Avantgarde. Möglich war das geworden, weil das Bürgertum stark eingeschüchtert war durch die bolschewistische Revolution in Russland und durch die Räterepubliken nach dem Krieg in Bayern und Ungarn, links und rechts von Österreich. Ein letzter Kompromiss zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten war dann der gemeinsame Beschluss der Bundesverfassung am 1. Oktober 1920.

Noch im selben Monat zerbrach die Koalition und bald tauchten die ersten Ahnungen eines möglichen künftigen Bürgerkriegs auf. Deswegen hatte die Sozialdemokratie auf einem Zivilkommissariat zur Kontrolle des Heeres bestanden, das ab 1923 „Ständige Parlamentskommission für Heeresangelegenheiten“ hieß. Eine solche Kommission als Ergebnis eines fundamentalen sozialdemokratischen Misstrauens gab es für kein anderes Ministerium. Genützt hat es nichts, obwohl die Sozialdemokraten bei den Soldatenwahlen bis 1928 die Mehrheit hatten. Doch ihr Machtverfall im Heer, bedingt durch Schikanen und eine Vielzahl organisatorischer Maßnahmen des Ministeriums, war schon damals offensichtlich und im Jahr 1934 schoss das ehemals rote Heer auf die Wiener Gemeindebauten.

Dass es dazu kommen konnte, war Folge eines Staatsstreichs 1933, der – auf gut österreichisch – nicht als solcher erkannt werden wollte und daher eingekleidet wurde in eine – allerdings ziemlich durchsichtige – juristische Trickserie. Der Ablauf ist bekannt: Am 4. März 1933 traten nach heftigem Streit während der Sitzung alle drei Nationalratspräsidenten zurück, was in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen war. Es war aber auch nicht vorhersehbar gewesen – sozusagen ein Geschenk des Himmels für den frommen Bundeskanzler Dollfuß. Daraufhin

erklärte dieser zur allgemeinen Überraschung, das Parlament habe „sich selbst ausgeschaltet“ und die Regierung sei daher genötigt, in Zukunft auf der Basis eines Kriegswirtschaftsgesetzes aus dem Jahr 1917 ohne parlamentarische Kontrolle zu regieren. Da sich aber eine Volksvertretung in der Demokratie nicht selber ausschalten kann und da offensichtlich war, dass der Verfassungsgerichtshof die juristischen Argumente der Regierung zurückweisen würde, musste die Regierung im Mai 1933 auch den Verfassungsgerichtshof ausschalten – wieder auf Basis dieses Kriegswirtschaftsgesetzes, halt ohne Krieg, und wieder verfassungswidrig. Damit war der Staatsstreich vollendet, Österreich auf dem Weg in die Diktatur und Sozialgesetze wurden als sogenannter „Revolutionsschutt“ ungültig.

Stellt der Historiker der Frage: „Und wer war schuld?“, so ist offensichtlich, dass größere Teile des bürgerlichen Lagers – sowohl des christlichen wie auch des nationalen – sich damals mit der Demokratie nicht abfinden wollten und auf deren Zerstörung hinarbeiteten, zuerst behutsam, später ohne Scheu. Der Sozialdemokratie dagegen war es gelungen, den antidemokratischen Teil der Linken in Österreich klein zu halten, aber natürlich befand auch sie sich in einem demokratiepolitischen Lernprozess. Es war ein erster Versuch in Österreich.

Die Theorie der Nachkriegsjahrzehnte ab 1945 dazu lautete: Beide schuld, die einen zu wenig Demokraten, die anderen zu wenig Patrioten. Diese Theorie, die durch lange Zeit ein österreichisches Harmoniebedürfnis befriedigen konnte, ist jedoch von der Geschichtsschreibung eindeutig widerlegt.

Nachsatz. Im Rahmen der großen Ausstellung 2005 im Wiener Belvedere zu: 60 Jahre Zweite Republik, 50 Jahre Staatsvertrag, erklärte der damalige Nationalratspräsident Andreas Khol, die Dollfuß/Schuschnigg-Zeit sei eine Diktatur gewesen. Dieses Eingeständnis der ÖVP war neu und war das überfällige Ende eines mühsamen Streits. Denn Geschichtspolitik ist wichtig, weil sie Bilder für die Nachkommen prägt. Und Geschichtspolitik kann auch heißen: das Offensichtliche, wenn es unerwünscht ist, so lange zu leugnen, bis es nicht mehr anders geht.

An diesem Punkt beende ich meine Ausführungen über die Zerstörung der Demokratie in Österreichs Erster Republik. Mein Kollege Florian Wenninger wird morgen über die Repression in Österreich 1933 bis 1938 sprechen, aber auch die Vorgeschichte dazu in relevanten Aspekten miteinbeziehen.

Ich mache jetzt einen Sprung, um über wesentliche Demokratiefragen in der Zweiten Republik zu reden, und ich will mich dabei auf drei Schlüsseljahre beschränken – natürlich jeweils mit ihrem zeitlichen Umfeld: auf 1945, auf 1986 und auf die Gegenwart.

Die Zweite Republik hatte denselben Beginn wie die Erste: sie hat sich ergeben aus einer militärischen Niederlage. Aber es gibt auch beträchtliche Unterschiede zu 1918. Einerseits: die Demokratie wurde uns jetzt von den alliierten Siegern vorgeschrieben und stand daher 1945 außer Zweifel. Wir konnten nicht anders.

Andererseits: Der großdeutsche Traum, der das Land durch viele Jahrzehnte, von 1866 bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung 1938, politisch vergiftet hatte, war endlich ausgeträumt. Die neue Parole lautete: Nichts wie weg! Mit Deutschland haben wir nichts, aber schon gar nichts, je zu tun gehabt. Also das genaue Gegenteil von davor. Das hatte groteske Folgen und ging so weit (Ältere unter Ihnen können sich vielleicht daran erinnern): In meiner Volksschulzeit ab 1947 gab es im Zeugnis keine Note für Deutsch. Das Schulfach hieß „Unterrichtssprache“. Denn Deutsch war in der österreichischen Amtssprache ab 1945 ein schmutziges Wort geworden.

Dabei soll allerdings nicht übersehen werden: Natürlich hatte es auch einen eigenen österreichischen Beitrag zur Befreiung gegeben: sowohl mit dem antinazistischen Widerstand, der viele Opfer gekostet hat, bei den Kärntner Slowenen am allermeisten, als auch in der Tatsache, dass sich rechtzeitig vor der nationalsozialistischen Niederlage in beiden großen Lagern in Österreich entschlossene Menschen mit einem gemeinsamen Ziel zusammengefunden hatten: Österreich möge in Zukunft demokratisch regiert werden. Und die hasserfüllten Kämpfe während der Ersten Republik sollen sich nicht wiederholen. Auch der vielzitierte „Geist der Lagerstraße“ in Dachau und in anderen KZs, wo christlichsoziale und sozialdemokratische Politiker und Politikerinnen eingesperrt waren, ging in dieselbe Richtung. Das war unser eigener Beitrag zur Demokratie. Wenn daher in Österreich ab 1945 durch Jahrzehnte stolz behauptet wurde: Wir haben aus unserer Vergangenheit gelernt, dann war das nicht falsch. Aber der Nationalsozialismus war damit nicht gemeint, sondern nur die gescheiterte Erste Republik samt Bürgerkrieg 1934 – der kein wirklicher Bürgerkrieg gewesen ist, weil die militärischen Kräfte zu ungleich verteilt waren.

Aber zurück ins Jahr 1945 Ich muss hier so ausführlich über dieses Jahr sprechen und auch Bekanntes wiederholen, weil der Sprung in die Gegenwart und auch die Gefahren, die der österreichischen Demokratie heute drohen, nur verständlich werden, wenn wir 1945 im vollen Umfang begreifen.

Der Druck zum Aufbau einer demokratischen Republik kam also 1945 sowohl von außen als auch von innen. Der Ihnen allen bekannte Meilenstein auf dem Weg dahin war die Moskauer Deklaration der Alliierten am 1. November 1943, die das Ziel vorgab, Österreich solle als freier unabhängiger Staat wiederhergestellt werden.

Dass diese Deklaration für Österreich Segen und Verhängnis zugleich wurde, hat sich erst später herausgestellt. Am Beginn stand der Segen und der war riesig: die vom Nationalsozialismus ausgelöschte Republik soll neu entstehen. Segen war zunächst auch die Feststellung der Deklaration, Österreich sei (Zitat) „das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte“. Daraus haben Politiker von ÖVP und SPÖ ab 1945 jene Lüge gezimmert, die wir als „Opfermythos“ bezeichnen und die im Staatsvertrag 1955 noch ein letztes Mal internationale Bestätigung erfahren sollte, indem Österreichs Mitverantwortung am Nationalsozialismus noch am Vorabend der Unterzeichnung aus der Präambel des Staatsvertrags von Außenminister Figl hinausverhandelt werden konnte.

Dass also Österreich sich 1945 zum schuldlosen Opfer eines deutschen nationalsozialistischen Angriffs erklärte, war schlau und patriotisch. Gestimmt hat es nie. Aber es gab, der Not gehorchend, vernünftige Gründe für das Verdrängen einer komplexen Wahrheit. Die ÖVP argumentierte, mit einer Bevölkerung, die in ihrer eigenen Schuld versinkt, kann man keinen neuen Staat aufbauen, noch dazu, wenn mit dem kommenden Wiederaufbau so gewaltige Aufgaben vor uns liegen. Dazu brauchen wir Menschen, die nach vorne schauen. Und nicht zurück.

Daraus ergaben sich skurrile Widersprüche. Am 19. August 1945 anlässlich der feierlichen Enthüllung des Heldendenkmals für die Rote Armee auf dem Wiener Schwarzenbergplatz erklärte Leopold Figl, dass – ich zitiere - „wir wahren Österreicher an einer Front standen mit den Soldaten der Armee, an einer geistigen Front gegen den Faschismus. Wir danken all jenen tapferen Kämpfern, die für Österreich und für die Befreiung Österreichs vom Hitler-Faschismus fielen.“

Dass der frühere Konzentrationslagerhäftling Figl persönlich auf den Sieg der Alliierten gehofft hat und auf den Vormarsch der Roten Armee Richtung Wien, ist absolut glaubhaft. Und dass er sich bei jenen Russen bedankt, die gegen Nazideutschland gekämpft haben und gefallen sind, ist angemessen. Und die Enthüllung des Denkmals für die Rote Armee ist auch der richtige Anlass dafür.

Nur: Hätte Figl dieselbe Rede 1945 bei einer seiner ÖVP-Wahlkampfveranstaltungen gehalten, dann wäre das für seine Partei ein Desaster geworden. Und hätte er gar vor dem Kameradschaftsbund so geredet wie beim Russendenkmal, dann hätte man ihn mit nassen Fetzen hinausgeleitet.

Das Dilemma ist bekannt: Es hat Jahrzehnte gedauert, bis sich die Österreicher entscheiden konnten, ob sie 1945 mehr besiegt oder mehr befreit worden sind. Denn beides gleichzeitig geht schwer. In Österreich allerdings schon, wobei die Waagschale zuerst eindeutig in Richtung „besiegt“ ging - „der Zusammenbruch“ hieß das ab 1945 umgangssprachlich -, was sich erst Jahrzehnte später geändert hat. Das „Fest der Freude“ auf dem Wiener Heldenplatz am 8. Mai, dem – jetzt heißt er endlich so - „Tag der Befreiung“, findet nun alljährlich statt, aber erst seit 2013, das heißt, 68 Jahre nach der Befreiung 1945. Ein langer Weg.

Die SPÖ stand 1945 vor demselben Problem wie die ÖVP. Das kommt deutlich zum Ausdruck in der österreichischen Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945, die wohl wesentlich auf Karl Renner zurückgeht. Da ist von einem Krieg die Rede (Zitat), „den kein Österreicher jemals gewollt hat . . . zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jeweils Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat.“ Das ist staatspolitisch vernünftig formuliert. Aber der Wahrheit entsprach es nicht.

Dazu kam ein zusätzliches Problem: das christlich-bürgerliche und das sozialdemokratische Lager waren 1945 ungefähr gleich stark – so wie bei den letzten freien Wahlen davor im Jahr 1930. In der Zwischenzeit war jedoch ein großer Block dazu gekommen: der nationalsozialistische. Der war aber nun heimatlos geworden und um diese Stimmen ging es daher, wollte man stärkste Partei im Land werden. 1945 durften die Nazis noch nicht wählen, aber bald danach. Das ging auch nicht anders. Denn so viele Menschen in einer Demokratie von der Wahl auszuschließen, das war nicht möglich. Und so begann dieses Ringen der beiden großen Parteien um die Nazistimmen, eine Anbiederung, die ebenso

würdelos wie unvermeidlich war. Aber falsch war sie trotzdem, auch deswegen, weil damit Nationalsozialisten letztlich die Wahl entschieden. Damit kam Gift in das politische Leben der jungen Demokratie. Jahrzehnte schien dieses Gift überwunden. Doch das war ein Irrtum. Es ist noch da.

Die ÖVP war 1945 im Vorteil, weil sie schnell einen Plan hatte, der aus der Dollfuß-Zeit stammte und „Österreich-Ideologie“ hieß. 1933 hatte der Plan gegen den Nationalsozialismus versagt, aber nun, nach der nationalsozialistischen Niederlage, wurde er erfolgreich und geschichtsmächtig. In diesem Geiste erschien 1948 das „Österreich-Buch“, wo es im Vorwort heißt: „Im Wissen der Welt um Österreich klafft eine Lücke“ und weiter hinten: „Geblieden ist Österreich das unvergänglich Menschliche.“

Dieses „Österreich über alles“ hatte als Propaganda schon seinen Sinn. Es sollte den giftigen und antidemokratischen Deutschnationalismus der letzten achtzig Jahre besiegen. So kam es, dass junge Austrofaschisten der frühen 1930er als Österreich-Ideologen nach 1945 in führende Positionen gelangten, während die Sozialdemokraten bei diesem Dollfuß-Konzept eher danebenstanden.

Die Kommunisten, die ebenfalls zu den Gründungsparteien der Zweiten Republik gehörten, hatten schon in den späten 1930er Jahren das Konzept einer österreichischen Nation entwickelt und wollten dieses nun einbringen. Doch ihnen fehlte die Glaubwürdigkeit, weil sie von Stalin abhängig waren und weil zudem die russische Besatzung von der österreichischen Bevölkerung abgelehnt wurde.

So begann in Österreich nach 1945, daherverspätet, dieser Prozess des Nation Building, der Demokratie und österreichischen Patriotismus festigen konnte, doch ergänzend muss dazu gesagt werden: Bei Nation Building wurde und wird immer und überall auf der Welt gelogen, dass sich die Balken biegen, um das ganz Eigene schön zu reden. Nicht nur in Österreich.

Nachsatz: Abgeschlossen wurde dieser Nation Building Prozess unter Bundeskanzler Kreisky, als Zufriedenheit und Stolz auf unser Land ausnehmend groß waren. Auch drei besondere Sportereignisse auf dem Weg dahin waren wichtig: der dreifache Olympiasieg von Toni Sailer in Cortina 1956, der Ausschluss von Karl Schranz von den Olympischen Spielen 1972 und Österreichs Sieg bei der Fußballweltmeisterschaft 1978 in Cordoba über Deutschland. Der Sieg, der Schmerz und der Triumph. So wird man eine Nation.

Es gab aber noch eine Partei in Österreich, von der bis jetzt nicht die Rede war: Die FPÖ als Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten blieb lange unbedeutend, und das auch deswegen, weil sie an ihrem deutschnationalen Konzept festhielt. Ihre Vorgängerorganisation, der VdU, erzielte zwar bei seinem ersten Antreten, der Nationalratswahl 1949, einen kleinen Erfolg, aber dann kam der Abstieg. Und als 1956 im Zuge eines komplizierten Machtkampfs aus dem VdU die FPÖ wurde, ist es nicht anders geworden.

Das blieb auch so bis zum internationalen Skandal um Kurt Waldheim, der 1986 Bundespräsident wurde. Zunächst ging es national und international um Waldheims verschwiegene und zurechtgebogene Vergangenheit, aber bald wurde klar, dass es um mehr geht: um Österreichs verschwiegene und zurechtgebogene Vergangenheit, um den Jubel 1938, um die Jüdinnen und Juden, die die Straße waschen mussten, um den beträchtlichen Anteil von Österreichern an den grauenhaften nationalsozialistischen Verbrechen und auch - und nicht minder wichtig: Wie die Zweite Republik mit dieser schändlichen verleugneten Vergangenheit umgegangen ist. Wie der Opfermythos durch vier Jahrzehnterecht gut gehalten hatte - trotz ebenso heftiger wie vergeblicher Bemühungen österreichischer Historikerinnen und Historiker, die den Mythos ab den 1970er Jahren begraben wollten.

Aber nun war es vorbei damit. So kann man Österreichs Umgang mit seiner Nazigeschichte einteilen in die Zeit vor und nach Waldheim. Die Feststellung, Österreich verdränge seine nationalsozialistische Vergangenheit, stimmt daher in dieser pauschalen Form seit dem Streit um Waldheim nicht mehr. Viele, auch ich, hielten das damals für eine Befreiung, weil mit der Erledigung des Opfermythos der Geburtsfehler von 1945 behoben schien. Aber das war ein Irrtum.

Denn: Nachdem Kurt Waldheim im Juni 1986 zum Bundespräsidenten gewählt worden war, wurde drei Monate später, im September 1986, Jörg Haider zum Vorsitzenden der FPÖ gewählt. Und damit begann sich diese Kleinpartei zu verändern. Dass zwischen der Waldheim-Wahl und der Haider-Wahl so kurz hintereinander ein Zusammenhang besteht, liegt auf der Hand. Auslösend gewesen waren die massiven Angriffe von großen internationalen Medien wie auch von jüdischen Organisationen, zuerst gegen Waldheim als Person, später gegen Österreich als Staat, in beiden Fällen wegendieses verlogenen Umgangs mit der eigenen Vergangenheit. Die Angriffe waren berechtigt, wenn auch



gelegentlich überzogen, lösten aber bei vielen Österreichern, die den Opfermythos als Staatsgrundgesetz verinnerlicht hatten, Enttäuschung und Erbitterung aus. Die Wütenden, allen voran die Kriegsgeneration, wählten deshalb „jetzt erst recht“, wie die Parole lautete, Waldheim oder sie wählten – falls FPÖ – den „nationalen“ Haider, der immerhin aus nationalsozialistischer Familie stammte und verlässlich schien.

Wären die diesbezüglichen Hoffnungen der Haider-Wähler erfüllt worden, wäre nicht viel passiert und die FPÖ wäre jene Kleinpartei geblieben, die sie gewesen war und die noch dazu angeblich in zwei Teile zerfiel, in einen nationalen und einen noch viel kleineren liberalen Flügel. Doch Haider war kein Neonazi, wie ihm wegen zahlreicher einschlägiger Äußerungen und antisemitischer Ausfälle nachgesagt wurde, er war vielmehr – so hat es Peter Michael Lings treffend definiert – ein „Nazibua“. Das heißt, er hatte den damals in dieser Partei notwendigen Stallgeruch, doch sein Ziel ging weit über das Bisherige hinaus.

Der Zeitpunkt war für Jörg Haider ideal. 1986 war über Waldheim hinaus ein Jahr politischer Umbrüche. Bei der Nationalratswahl im November 1986 kamen die Grünen erstmals ins Parlament und blieben dort mit kurzer Unterbrechung als Alternative. Die andere Alternative bot Jörg Haider, der bereits zwei Monate nach seiner Bestellung bei der Nationalratswahl im November die Stimmen der FPÖ verdoppeln konnte. Dazu kam als Ergebnis dieser Wahl nach zwanzig Jahren Unterbrechung die Große Koalition wieder. Aber die hatten viele Menschen trotz unbestreitbarer Verdienste nach dem Krieg in nicht so guter Erinnerung: das Land gehörte praktisch den beiden großen Parteien, Machtmissbrauch, Parteibuchwirtschaft, Postenschacher, Karrieren, Wohnungen, Versorgungsposten und so weiter. Die Liste ist lang.

Hier setzte Haider an mit seiner häufig berechtigten Kritik. Aber er wollte mehr. Am Ende wäre sein erklärtes Ziel eine „Dritte Republik“ gewesen mit starker Führerfigur, Machtverlust des Parlaments zugunsten von Volksbefragungen, Zusammenlegen von Innen- und Verteidigungsministerium, Abschaffung der Sozialpartnerschaft, Bedeutungsverlust der Gewerkschaften, eine neue Kunstpolitik. Haider ist tot, aber wir sollten diese Pläne der FPÖ nicht vergessen.

Aber begonnen hat er 1986 natürlich viel kleiner. Haider wollte aus der dahindümpelnden Kleinpartei eine Bewegung machen, die haarscharf am Rande des Rechtsextremismus oder darüber hinaus die Menschen aufhetzt, Feindbilder

schaft und sie so motiviert, dass Wut und Neid in ihrer Befindlichkeit obenauf liegen und für diese so Gestimmten häufig – das sagen die Umfragen – ein tiefer Pessimismus kennzeichnend ist, während die anderen Parteien – oft vergebens - versuchten, Optimismus und Zukunftsfreude zu verbreiten. Haiders Rechnung ging auf. Menschen begannen, sich als Opfer zu fühlen – was ja seit 1945 zur österreichischen Grundausstattung gehört -, hofften auch nicht mehr auf Veränderung, sondern – inzwischen autoritär fixiert - auf Erlösung. Und sie wählten ihren Erlöser. Und das ist jetzt schon der dritte. Auf Haider folgte Strache, jetzt Kickl. Sie werden immer unattraktiver, aber die Sehnsucht – wenn auch mit Unterbrechungen – bleibt. Mit Argumenten ist da wenig zu ändern. Das macht die anderen Parteien ratlos – und sie versagen. Dieses Versagen wird ihnen zu Recht vorgeworfen, reicht aber als Erklärung des Phänomens nicht aus.

So konnte die FPÖ wachsen: Jörg Haider hat den Populismus neu erfunden, jedenfalls in seiner österreichischen Ausprägung. Die FPÖ hat sich als „Heimatpartei“ stilisiert, dazu fremdenfeindliche Hetze: „Daham statt Islam“ und so. Gleichzeitig diese merkwürdige Beziehung der Partei zu Putins Russland. Die FPÖ bezeichnet unsere Demokratie als „das System“, ein Begriff, der aus dem Nationalsozialismus übernommen wurde, und sie droht ihren Gegnern für den Fall, dass sie an die Macht kommt. Sie sollten das ernst nehmen. Und manchmal sendet die Partei naziartige Signale, um den Ihren verschlüsselt mitzuteilen: Wir sind eh noch die Alten. Und so geht das bis heute. Als Neuestes dieses Video der FPÖ-Jugend, das von der Partei gebilligt wird. Dazu Margit Reiter, Professorin für Zeitgeschichte: „Ab jetzt wird rechtsextremer Klartext gesprochen.“

Und wie hängt das mit 1945 zusammen? Sogar sehr. Was wir damals gelernt haben, ist tief eingedrungen in die österreichische Seele: Egal, was wir tun – wir sind unschuldig. Und ein Opfer – so wie der „Herr Karl“, der sich auch als Opfer bezeichnet. Und man soll uns nicht mit der Nazikeule kommen! Während die Deutschen bei allem immer ihre nationalsozialistische Vergangenheit im Blick haben mussten, mussten wir das nicht. Weil wir unschuldig sind. Das hat den Aufstieg der FPÖ mit ihren Naziblinklichtern begünstigt und hat sie bei nicht so wenigen populär gemacht. Nun gibt es zwar in Deutschland die AfD, aber niemand koalitiert mit ihr. Die FPÖ hat dieses Problem nicht.

Kein Zweifel, die Republik hat sich verändert und ein Teil der sozialen Unterschicht hat in der FPÖ ihr Sprachrohr gefunden. „Die sagen, was wir denken.“ Auf die Art

haben wir erfahren, dass es wesentlich mehr aufgestaute Wut in unserer Gesellschaft gibt als viele vermutet hatten. Doch die Wut wurde auch geschürt. Geholfen haben die Sozialen Medien mit ihrem Trend, alles zuzuspitzen, weil der Streit und nicht der Konsens ihr Geschäft ist. Und mitgeholfen hat auch Corona, das zu merkwürdigen Verschwörungstheorien zum Thema Impfen geführt hat.

Und die FPÖ hat sich draufgesetzt: Die Bevölkerung werde „entmündigt“, behauptet sie. Und sie führt im Namen derer, die sich als „Opfer“ fühlen (schon wieder Opfer!), den Kampf gegen sogenannte Eliten, ein Begriff, der sich polemisch hervorragend eignet, weil er so schwammig ist. „Ihr da oben – wir da unten“ war vor fünfzig Jahren als Logo links und linksradikal, heute ist es rechts und rechtsradikal. Aus dem Klassenkampf ist Kulturkampf geworden. Der ist zwar ungemein giftig, tut aber den Reichen nicht weh. Das passt gut zur FPÖ.

Zur Klarstellung: Es geht hier nicht um Parteipolitik, es geht um die Frage, ob 2024 eine österreichische Bundesregierung ohne Beteiligung der FPÖ überhaupt möglich sein wird. Und wer den Bundeskanzler stellen wird. Und was das für unsere Demokratie bedeutet.

Und wer sich wehrt. Die Regierung wirkt ziemlich hilflos in ihren Reformbemühungen. Die Sozialdemokratie hat sich gerade rasend selbst beschädigt und niemand kann sagen, ob es besser wird. Gesundheitsminister Rauch, der in schwierigen Verhandlungen mit den Bundesländern steckt, hat ein zentrales Problem dieses Landes auf den Punkt gebracht, indem er vor wenigen Tagen erklärt hat: „Wenn wir das nicht schaffen, einmal irgendwas anzufangen, eine Reform hinzubekommen, dann erstickt diese Republik eines Tages an ihrer Reformunfähigkeit.“ Sagt der Minister. Mit anderen Worten: Diese Demokratie ist schon auch selber schuld, wenn sie scheitert.

Aber wenn wir über die Zukunft unserer Demokratie reden, geht es natürlich auch darum, welche Rolle die ÖVP zu spielen gedenkt, die schon mehrmals mit der FPÖ eine Koalition gebildet hatte, die jeweils geplatzt ist. Ob die ÖVP diesmal nur die „Tonalität“ mancher in der FPÖ irritiert und dann koaliert sie doch, oder ob sie sich dessen bewusst ist, dass die FPÖ eine andere Republik will. Und das sagt sie auch. Und das wird dann wohl so etwas wie diese „Dritte Republik“ sein, die die FPÖ seit langem inhaltlich anstrebt, egal, wie sie dann heißen wird. Dann wäre das aber nicht die Demokratie, die wir heute kennen. Dann wäre das eine Art von Demokratie, die viele von uns sicher nicht als „Demokratie“ bezeichnen würden.

Wir wissen, es gibt diese Tendenz, liberale Demokratie zu zerstören, in vielen Staaten Europas und auch die USA sind gefährdet. Daher ist der Titel dieser heurigen Braunauer Zeitgeschichte-Tage hochaktuell: „Gefährdete Demokratie“. Wir sollten uns aber klar sein: Da sind wir auch selber gemeint.